

# EIU: "Ortega bleibt für den Zeitraum 2021-2025 an der Macht"



Blick auf die Avenida Bolivar, Managua, mit wenig Fahrzeugverkehr am vergangenen Karfreitag. Foto: EFE

---

Vladimir Vazques, in Confidencial, 19.11.2020

In ihrem im November aktualisierten Bericht geht die politische Analyse-Abteilung des Economist (EIU = The Economist Intelligence Unit) davon aus, dass Daniel Ortega für den Zeitraum 2021-2025 an der Macht bleiben wird, warnt aber vor ernststen wirtschaftlichen Risiken, die das zur Folge haben wird: sinkende internationale Reserven und mögliche Auferlegung von Kapitalkontrollen, eine Erhöhung der Inflation aufgrund fehlender Finanzierung des Haushaltsdefizits und eine größere staatliche Kontrolle über die Wirtschaft des Landes.

Die EIU warnt, dass die Partei - trotz des Verlusts an Sympathie für die Sandinistische Nationale Befreiungsfront FSLN seit 2007 - an der Macht bleiben wird. Sie hat ihren Weg zum Autoritarismus weiter verfolgt und „Reformen“ durchgeführt, die es Daniel Ortega ermöglichten, auf unbestimmte Zeit für das Präsidentenamt zu kandidieren.

Die Analyse stellt auch fest, dass dieser Verbleib an der Macht mit der mangelnden Einheit der Opposition Nicaraguas zusammenhängt, vor allem der Nationalen Koalition und der Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie, die im vergangenen Oktober beschlossen haben, sich endgültig von der Nationalen Koalition zu trennen.

## Strafgesetze

"Selbst wenn es der Nationalen Koalition gelingt, sich zu festigen und auf den Stimmzetteln erscheint, ist es unwahrscheinlich, dass sie bei freien und fairen Wahlen antreten wird. Mitte Oktober verabschiedete die Nationalversammlung ein Gesetz, das Einzelpersonen und Organisationen, die von einer ausländischen Regierung finanziert werden, verpflichtet, sich als „ausländische Agenten“ zu registrieren, was ihre Fähigkeit zur Teilnahme an politischen Aktivitäten einschränkt", heißt es in der Analyse.

Das in dem Dokument erwähnte Gesetz ist das La [Ley de Regulación de Agentes Extranjeros](#), das von den Gegnern des Landes als ein Werkzeug beschrieben wurde, das das Regime verwendet, um die Aktivitäten der Oppositionsparteien im Land zu beschränken, und das Teil der Trilogie der Gesetze ist, die auch das [Ley Especial de Cibercrimitos](#) (Delikte in den Netzwerken) und das [Ley de Cadena Perpetua](#) (Gesetz zur lebenslangen Strafe) umfasst.

Doch während die EIU analysiert, dass Ortega in diesem Panorama wahrscheinlich an der Macht bleiben würde, weisen sie doch darauf hin, dass es eine Chance gibt, dass infolge der von den Vereinigten Staaten gegen 24 Staatsbeamte des Regimes verhängten Sanktionen, darunter Ortegas Vizepräsidentin und Ehefrau Rosario Murillo, seine Macht geschwächt wird.

"Wenn es zu einer signifikanten politischen oder wirtschaftlichen Eskalation kommt, wird Ortegas Verbleib an der Macht von der Rolle der Sicherheitskräfte abhängen. Der Präsident übt vollständige Kontrolle über die Polizei aus und hat großen Einfluss auf die Armee. Die höchsten Militäroffiziere profitieren vom Zugang zu Handelsressourcen und haben dadurch wirtschaftliche Vorteile. Unterdessen hat das Regime die Polizeikräfte genutzt, um den politischen Aufstand zu unterdrücken. (...)

Aber es besteht ein hohes Risiko von Brüchen innerhalb des Regimes, wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen radikal verschlechtern", beschreibt die EIU.

## **Reformen der Sozialversicherungssystems im Jahr 2022**

Die EIU sagt weiterhin voraus, dass Ortegas Regime bis 2022 eine neue Reform der sozialen Sicherheit durchführen müßte, mit dem Ziel, das Defizit von 3,3 % im nichtfinanziellen öffentlichen Sektor, das 2021 voraussichtlich erwirtschaftet wird, auf 2,5 % zu senken.

"Wir glauben, dass INSS in Ermangelung einer Lösung der politischen Krise und erheblicher Verbesserungen des Unternehmensumfelds nicht in der Lage sein wird, seine Steuerbasis in einem nachhaltigen Tempo zu erhöhen. Folglich wird sich das Defizit des nichtfinanziellen öffentlichen Sektors bis 2025 wieder auf 3,3 % des Bruttoinlandsprodukts erhöhen", heißt es in dem Bericht.

Was Ortegas Regime wohl besser machen wird, ist die Fähigkeit, "alle seine finanziellen Bedürfnisse" durch den Erwerb neuer Schulden zu decken. Dies würde zusätzlich zu den Mitteln erfolgen, die bereits von multilateralen Institutionen als Folge einer Änderung der Politik im Zusammenhang mit dem Coronavirus gezahlt wurden.

Die EIU ist der Ansicht, dass Ortega gezwungen war, die Art und Weise, wie er mit der Pandemie umging, zu ändern, um Zugang zu internationalen Geldern zu erhalten. Er ließ die Grenzübertritte bei Einreise scharf überwachen. Ortega hat bestätigt, daß er mehr Mittel für den Kauf von Ausrüstung und die Modernisierung der Gesundheitsinfrastruktur bereitstellt.

Zu den internationalen Institutionen, die Ortega Mittel zur Verfügung gestellt haben, gehören die Interamerikanische Entwicklungsbank, die im August ein Darlehen von 43 Millionen Dollar gewährte, und die Central American Bank for Economic Integration, die zwei Darlehen in Höhe von jeweils 50 Millionen Dollar genehmigte.

# Bruttoinlandsprodukt soll weniger schrumpfen

Erste Schätzungen der EIU gingen davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2020 um 7 % schrumpfen würde. Die Einschätzung ist jedoch, dass sie mit der Veröffentlichung der neuesten Daten der Zentralbank von Nicaragua sicherstellen können, dass das BIP im Laufe des Jahres nur um 3,2 % schrumpfen wird.

"Wir prognostizieren jetzt, dass das reale BIP-Wachstum im Jahr 2021 1 % betragen wird, verglichen mit der zuvor geplanten Kontraktion von 1,5 %. Dieses bescheidene Wachstum wird nach drei Jahren Rezession kommen und eine anhaltende Stagnation des Lebensstandards mit sich bringen. Eine Reihe von Faktoren deuten auf das Risiko einer Stagnation hin.", heißt es in dem Dokument.

Diese Faktoren sind laut EIU eine Stabilisierung der Coronavirus-Infektionen und das Risiko, dass in den kommenden Monaten eine neue Ansteckungswelle im Land auftreten kann. Das zweite Problem ist, dass das Wirtschaftswachstum durch einen Mangel an fiskalischer Unterstützung beeinträchtigt wird, und ein drittes Element wird die politische und soziale Instabilität sein, die während der Wahlen im November 2021 entstehen könnte.

Aber bei dieser Wahl wird Ortega laut The Economist einige leichte Zugeständnisse machen, um zu versuchen, den Prozess zu seinen Gunsten international zu legitimieren. "Diese (Konzessionen) werden wahrscheinlich oberflächlich sein, da die FSLN die Kontrolle über den Obersten Wahlrat, das Justizsystem und andere Institutionen behalten wird."

**CONFIDENTIAL** enthüllte Anfang November, dass Ortega einen [Vorschlag für Wahlreformen](#) in Auftrag gegeben hatte, die keine Änderung des vom Caudillo kontrollierten Obersten Wahlrates vorsehen und sich strikt auf technische Aspekte des Wahlgesetzes konzentrieren, die der nationalen und internationalen Forderung nach Wahlreformen, die freie, faire und transparente Wahlen mit unabhängiger Beobachtung garantieren, nicht gerecht werden.

[EIU: "Ortega permanecerá en el poder en el período 2021-2025" \(confidencial.com.ni\)](#)